

Bewilligungen, Sondergenehmigungen und Erleichterungen in kantonaler Zuständigkeit im Bereich Umwelt¹ (im Rahmen eines Homologations-, Baubewilligungs- oder Genehmigungsverfahrens oder eines Verfahrens zur Erteilung einer Konzession)

Rechtsgrundlagen	Zuständigkeit	Art der Bewilligung	Bemerkungen
UMWELTSCHUTZ			
Art. 30e USG Art. 38 Abs. 1 VVEA Art. 40 Abs. 1 kUSG	DMRU	Bewilligung für die Errichtung einer Deponie	Für die Ablagerung von Abfällen in einer Deponie ² Errichtungsbewilligung in Koordination mit Baubewilligung innerhalb des massgeblichen Verfahrens (Gesamtentscheid)
Art. 30e USG Art. 40 Abs. 1 VVEA Art. 40 Abs. 2 kUSG	DUW	Bewilligung für den Betrieb einer Deponie	Für die Ablagerung von Abfällen in einer Deponie ² Betriebsbewilligung nach realisierter Errichtung gemäss Baubewilligung
Art. 40 Abs. 1 kUSG	DMRU	Bewilligung für die Errichtung einer Anlage zur Verwertung mineralischer Abfälle	Zwischenlager, Trennung und Verwertung mineralischer Abfälle Errichtungsbewilligung in Koordination mit Baubewilligung innerhalb des massgeblichen Verfahrens (Gesamtentscheid)

¹ Die Vollständigkeit der Liste ist nicht garantiert

² Für die Lagerung von Material für eine Dauer von über 3 Monaten ist eine Baubewilligung erforderlich (vgl. Art. 17 Abs. 1 Bst. c Ziff. 3 BauV)

Rechtsgrundlagen	Zuständigkeit	Art der Bewilligung	Bemerkungen
Art. 40 Abs. 2 kUSG	DUW	Bewilligung für den Betrieb einer Anlage zur Verwertung mineralischer Abfälle	Zwischenlager, Trennung und Verwertung mineralischer Abfälle Betriebsbewilligung nach realisierter Errichtung gemäss Baubewilligung
Art. 30f USG Art. 8 Abs. 1 VeVA Art. 41 Abs. 2 kUSG	DUW	Bewilligung für Entsorgungsunternehmen, die Sonderabfälle oder andere kontrollpflichtige Abfälle entgegennehmen	Bewilligung für die Entgegennahme von Abfällen nach Abschluss der Arbeiten für die Errichtung gemäss der Baubewilligung
Art. 25 Abs. 2 USG Art. 7 Abs. 2 LSV Art. 30 kUSG	DMRU	Erleichterung für die Emissionsbegrenzung an einer neuen lärmverursachenden Anlage	Erleichterung möglich, wenn die Einhaltung der PW zu einer unverhältnismässigen Belastung für die Anlage führen würde und wenn die Anlage in einem überwiegenden öffentlichen, insb. raumplanerischen Interesse liegt Die IGW dürfen nicht überschritten werden
Art. 14 LSV Art. 30 kUSG	DMRU	Erleichterung für die Sanierung einer bestehenden Anlage	Erleichterung möglich, wenn die Sanierung unverhältnismässige Betriebseinschränkungen oder Kosten verursachen würde und wenn der Sanierung überwiegende Interessen entgegenstehen Die AW dürfen nicht überschritten werden
Art. 17 USG Art. 31 Abs. 2 LSV Art. 31 kUSG	ZB	Bewilligung für den Bau eines Gebäudes mit lärmempfindlichen Räumen, für welche die IGW überschritten werden	Lärmempfindliche Räume, für welche die Immissionsgrenzwerte überschritten werden, im Rahmen der Errichtung eines Gebäudes in einem überwiegenden Interesse
Art. 17 USG Art. 7 ff NISV Art. 37 kUSG	DMRU	Erleichterung der Sanierungs-pflicht bzgl. nichtionisierender Strahlung für eine bestehende oder neue Anlage	

Rechtsgrundlagen	Zuständigkeit	Art der Bewilligung	Bemerkungen
Art. 17 USG Art. 11 LRV Art. 20 kUSG	DMRU	Erleichterung der Sanierungspflicht nach LRV	Betrifft hauptsächlich die Sanierungsfristen
GEWÄSSERSCHUTZ			
Art. 7 Abs. 1 GSchG Art. 6 und Anhang 3 GSchV Art. 25 Abs. 2 kGSchG	DUW	Bewilligung für die Einleitung von behandeltem Abwasser in ein Oberflächengewässer	
Art. 7 Abs. 1 GSchG Art. 8 und Anhang 3 GSchV Art. 25 Abs. 2 kGSchG	DUW	Bewilligung für das Versickernlassen von behandeltem Abwasser	
Art. 19 Abs. 2 GSchG Art. 32 Abs. 2 GSchV Art. 34 kGSchG	DUW oder DMRU ³	Bewilligungen und Ausnahmbewilligungen für Anlagen und Tätigkeiten, die in besonders gefährdeten Gewässerschutzbereichen geplant werden (Art. 29 und Anhang 4 GSchV) und von welchen eine Gefährdung des Wassers ausgehen kann	Der Gesuchsteller hat nachzuweisen, dass die Anforderungen gemäss «Wegleitung Grundwasserschutz» (BAFU 2004) erfüllt werden Siehe Webseite der DUW für weitere Informationen, insbesondere zu den dem Dossier beizulegenden Dokumente für Bohrungen

³ Für die Gewässerschutzzone S2 und das Grundwasserschutzareal ist das DMRU zuständig (Art. 34 Abs. 1 GSchG)

Rechtsgrundlagen	Zuständigkeit	Art der Bewilligung	Bemerkungen
Art. 29 Bst. a GSchG Art. 33 GSchV Art. 37 Abs. 1 kGSchG	DMRU	Bewilligung für eine Wasserentnahme aus einem Fließgewässer mit ständiger Wasserführung	Festlegung der Restwassermenge für das Oberflächengewässer Siehe Webseite der DUW für weitere Informationen zu den dem Dossier beizulegenden Dokumente
Art. 29 Bst. b GSchG Art. 37 Abs. 1 kGSchG	DMRU	Entnahmebewilligung aus Seen oder Grundwasservorkommen, welche die Wasserführung eines Fließgewässers mit ständiger Wasserführung wesentlich beeinflussen.	Siehe Webseite der DUW für weitere Informationen zu den dem Dossier beizulegenden Dokumente (Wasserentnahme aus einem See oder aus dem Grundwasser)
Art. 43 GSchG Art. 37 Abs. 1 und 2 kGSchG	DMRU oder DUW ⁴	Entnahmebewilligung aus Grundwasservorkommen, welche die Wasserführung eines Fließgewässers mit ständiger Wasserführung nicht wesentlich beeinflussen	Die Behörde legt die maximale Entnahmemenge fest Siehe Webseite der DUW für weitere Informationen zu den dem Dossier beizulegenden Dokumente
Art. 39 Abs. 2 GSchG Art. 41 kGSchG	DMRU	Ausnahmebewilligung für das Einbringen fester Stoffe in Seen	Schüttungen oder Bauten, welche die Bedingungen gemäss Art. 39 Abs. 2 erfüllen (siehe auch Karine Salibian Kolly, Kommentar zum Art. 39 LEaux <i>in</i> Hettich, Jansen, Norer, Kommentar zum Gewässerschutzgesetz und zum Wasserbaugesetz)
Art. 44 GSchG Art. 43 und Anhang 4 Ziff. 211 Abs. 3 GSchV Art. 46 kGSchG	DMRU	Bewilligung für die Ausbeutung von Kies, Sand und anderem Material sowie für diesbezügliche Probegrabungen	

⁴ Für Wasserentnahmen von <1'000 L/min ist die DUW zuständig

Rechtsgrundlagen	Zuständigkeit	Art der Bewilligung	Bemerkungen
Art. 41c Abs. 1 GSchV Art. 13 Abs. 8 kWBG	DMRU	Ausnahme vom Bauverbot im Gewässerraum	Ausnahmen sind möglich in dicht überbautem Gebiet (für zonenkonforme Anlagen, und wenn keine überwiegenden Interessen entgegenstehen)
Art. 37 GSchG Art. 40 kGSchG	ZB	Ausnahmebewilligung betreffend die Anforderungen für die Verbauung von Fliessgewässern	Bauliche Veränderung des Wasserlaufs in überbauten Gebieten Der natürliche Wasserlauf muss beibehalten oder wiederhergestellt werden
Art. 38 Abs. 2 GSchG Art. 40 kGSchG	ZB	Ausnahmebewilligung für die Überdeckung oder Eindolung von Fliessgewässern	
FISCHEREI			
Art. 8 Abs. 3 BGF Art. 56 ff kFG	ZB	Bewilligung für technische Eingriffe in Fischereigewässer	Für Eingriffe in die Gewässer, ihren Wasserhaushalt oder ihren Verlauf sowie in die Ufer und den Grund von Gewässern, soweit sie die Interessen der Fischerei berühren können. Die Liste der bewilligungspflichtigen Eingriffe in Art. 8 Abs. 3 BGF ist nicht abschliessend ⁵
Art. 29 kFG	DJFW	Bewilligung zur Spezialfischerei	Spezialfischerei (Erhaltfischerei) mit speziellen Fanggeräte (elektrische Geräte, Reusen)
WALD			
Art. 5 Abs. 2 WaG Art. 4 ff WaV Art. 15 Abs. 2 kGWNg	DMRU	Ausnahmebewilligung für eine Rodung	Als Rodung gilt die dauernde oder vorübergehende Zweckentfremdung von Waldboden (Art. 4 WaG) Rodungersatzpflicht (Art. 16 kGWNg) Zusammenstellung des Dossiers: siehe Richtlinie der DWFL

⁵ Für Wasserentnahmen nach Art. 29 GSchG ist keine Bewilligung nach BGF erforderlich (Art. 8 Abs. 4 BGF)

Rechtsgrundlagen	Zuständigkeit	Art der Bewilligung	Bemerkungen
Art. 16 WaG Art. 27 kGWNg	DWFL	Bewilligung für die nachteilige Nutzung des Waldes	Als nachteilige Nutzung gilt jegliche Beeinträchtigung der Waldfunktion, aber ohne Zweckentfremdung des Waldbodens. Zum Beispiel für die Errichtung unter- oder oberirdischer Leitungen durch den Wald Ersatzpflicht Zusammenstellung des Dossiers: siehe Richtlinie der DWFL
NATUR- UND LANDSCHAFTSCHUTZ			
Art. 22 Abs. 2 NHG Art. 16 kNHG Art. 23 kNHV	DMRU	Ausnahmebewilligung für die Beseitigung von Ufervegetation	Für die Entfernung oder Vernichtung von Ufervegetation, Auenv egetation und anderen natürlichen Vegetationsformationen im Uferbereich Wenn die Ufervegetation u.a. aus Wald i.S.d. WaG besteht, ist zu dessen Beseitigung auch eine Rodungsbewilligung erforderlich Zusammenstellung des Dossiers: siehe Richtlinie der DWFL
Art. 17 al. 3 kNHG Art. 24 kNHV	DWFL	Bewilligungen bezüglich Beseitigung von Feldgehölze, Hecken, Einzelbäume und Alleen ausserhalb der Bauzone	Für die Beseitigung von Gehölzen, die nicht der Waldgesetzgebung unterstellt sind Ersatzpflicht

Rechtsgrundlagen	Zuständigkeit	Art der Bewilligung	Bemerkungen
Art. 22 Abs. 1 NHG Art. 20 al. 3 NHV Art. 20 Abs. 2 und 3 kNHV	DMRU ⁶	Ausnahmebewilligung für das Sammeln und Ausgraben geschützter Pflanzen Ausnahmebewilligung für das Fangen von Tieren	Zum Beispiel für die Umsiedlung von Orchideen auf Grund einer Baustelle Die Bedingungen für Schutz und Bewilligungen sind auf Bundesebene geregelt (s. Art. 19 ff NHG und Art. 20 NHV). Wiederinstandsetzungspflicht vor Ersatzpflicht (Art. 20 Abs. 3 NHV) Zusammenstellung des Dossiers: siehe Richtlinie der DWFL
JAGD UND SCHUTZ DER WILDLIBENDEN SÄUGETIERE UND VÖGEL			
Art. 3 Abs. 1 Bst. a JSV	DJFW	Ausnahmebewilligung zur Fang von Tieren	Für den Erhaltungfang (z.B. Murmeltiere, Wildkaninchen, usw.) und die Umsiedlung
Art. 28 AuLaV, basiert auf Art. 5 Abs. 1 Bst. f WZVV und Art. 5 Abs. 1 Bst. f VEJ	BAZL	Ausnahmebewilligung für den Gebrauch von zivilen, bemannten Luftfahrzeugen in Wildtierschutzgebieten	Bekämpfung der Störungen für die Fauna, wenn Arbeiten mit einem solchen Gerät durchgeführt werden müssen Vorheriger Antrag bei der DJFW (Meinung zur Hander des BAZL) unter den im AuLaV festgelegten Bedingungen

Abkürzungen

AuLaV	Verordnung über das Abfliegen und Landen mit Luftfahrzeugen ausserhalb von Flugplätzen vom 14. Mai 2014
AW	Alarmwerte
BAFU	Bundesamt für Umwelt
BauV	Bauverordnung vom 22. März 2017
BGF	Bundesgesetz über die Fischerei vom 21. Juni 1991
DJFW	kantonale Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere
DRE	kantonale Dienststelle für Raumentwicklung
DMRU	Departement für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt

⁶ Gemäss Art. 20 Abs. 3 kNHV ist das DMRU zuständig. Eine Kompetenzdelegation wurde jedoch am 11. Mai 2005 erteilt

DUW	kantonale Dienststelle für Umwelt
DWFL	kantonale Dienststelle für Wald, Flussbau und Landschaft
EGW	Emissionsgrenzwerte
GEP	Genereller Entwässerungsplan
GSchG	Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer vom 24. Januar 1991
GSchV	Bundesverordnung über den Schutz der Gewässer vom 28. Oktober 1998
IGW	Immissionsgrenzwerte
JSV	Jagdverordnung vom 29. Februar 1988
kFG	kantonales Fischereigesetz vom 15. November 1996
kGSchG	kantonales Gewässerschutzgesetz vom 16. Mai 2013
kGWNg	kantonales Gesetz über den Wald und die Naturgefahren vom 14. September 2011
kNHG	kantonales Natur- und Heimatschutzgesetz vom 13. November 1998
kNHV	kantonale Natur- und Heimatschutzverordnung vom 20. September 2000
kWBG	kantonales Wasserbaugesetz vom 15. März 2007
kUSG	kantonales Umweltschutzgesetz vom 18. November 2010
LRV	Luftreinhalte-Verordnung des Bundes vom 16. Dezember 1985
LSV	Lärmschutz-Verordnung des Bundes vom 15. Dezember 1986
NHG	Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz vom 1. Juli 1966
NHV	Bundesverordnung über den Natur- und Heimatschutz vom 16. Januar 1991
NISV	Bundesverordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung vom 23. Dezember 1999
PGW	Planungswerte
USG	Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 7. Oktober 1983
UVPV	Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 19. Oktober 1988
VEJ	Verordnung über die eidgenössischen Jagdbanngebiete vom 30. September 1991
VeVA	Verordnung über den Verkehr mit Abfällen vom 22. Juni 2005
VVEA	Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen vom 4. Dezember 2015
WaG	Bundesgesetz über den Wald vom 4. Oktober 1991
WaV	Bundesverordnung über den Wald vom 30. November 1992
WZVV	Verordnung über die Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung vom 21. Januar 1991
ZB	Zuständige Behörde im massgeblichen Verfahren

Stand Juni 2021